

Wiesbaden, den 08.05.2008

Hessens Polizeibeschäftigte sind doppelt bestraft!

Verhalten des Beamtenbundes nicht zu verstehen.

"Eine deutlich spürbare Einkommensverbesserung und Reduzierung der Wochenarbeitszeit", fordert GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller und übt zugleich Kritik am Verhalten des hessischen Beamtenbundes.

Die Gehaltssteigerungen bei der Bundespolizei von 8 Prozent sowie die beabsichtigte Diätenerhöhung der Bundestagsabgeordneten von mehr als 15 Prozent sind Beleg für die vollen Haushaltskassen der öffentlichen Hand. Hessen als eines der reichsten Bundesländer speist im Vergleich dazu seine Beschäftigten mit Almosen (2,4 Prozent zum 1. April) ab.

Die Erhöhung der Wochenarbeitszeit um bis zu 3,5 Stunden, der Wegfall bzw. die Reduzierung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes und die Nichtübertragung der Tarifabschlüsse haben den hessischen Polizeibeschäftigten bis zu rund 17 Prozent Einkommenseinbußen beschert.

Andere Berufsgruppen haben im Vergleichszeitraum zweistellige Gehaltszuwächse verzeichnen können.

Damit nicht genug: "Unsere Kolleginnen und Kollegen haben nicht vergessen, dass der hessische Beamtenbund (DPoIG) vor einem Jahr in einer bundesweit einmaligen Nacht- und Nebelaktion mit Roland Koch die magere Gehaltssteigerung von 2,4 Prozent vereinbart hat", so Jörg Bruchmüller. Wer während laufender Sondierungsgespräche die Tarifautonomie mit solchen Übereinkünften mit Füßen tritt, sollte jetzt lieber schweigen, anstatt den hessischen Tarifstillstand zu beklagen. Wir brauchen keine Besoldungs- und Tarifdiktate nach hessischer Gutsherrenart!

Tarifverhandlungen mit dem Ziel einer spürbaren Einkommenssteigerung und deutlicher Reduzierung der Wochenarbeitszeit müssen endlich auch in Hessen geführt werden.

Die GdP fordert die Landesregierung auf, den tariflosen Zustand in Hessen umgehend zu beenden und wieder in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) einzutreten.